



Arbeitsmaterial

Wege zur Bewältigung systemischer Banken Krisen

*nach einer Wissenschaftlichen Arbeit für die
World Academy of Arts and Sciences (WAAS) Hyderabad, Indien*

**von Bernard Lietaer,
Robert Ulanowicz und
Sally Goerner**

*ausgearbeitet von Hans-Volker Pürschel
(Der umfangreiche Originaltext wurden stark komprimiert
und die wesentlichen Aussagen wurden geschärft)*

Zusammenfassung

Die gegenwärtige Finanzkrise ist strukturell bedingt. Dafür spricht: In den letzten 20 Jahre gab es mehr als 96 bedeutende Banken Krisen – bei verschiedenen Kontrollsystemen und in unterschiedlichen Entwicklungs-stadien.

Eine objektübergreifende Ökosystemforschung sagt aus: Überbetonung von Produktivität auf Kosten von Vielfalt und Vernetzung beeinträchtigt die Widerstandsfähigkeit eines Systems und macht es strukturell instabil.

Eine Vielfalt miteinander vernetzter komplementärer Währungen stärkt die Funktion von Geld als Tauschmittel gegenüber der als Mittel zum Sparen und für Spekulation – insbesondere, solange Banken die reale Wirtschaft wegen der Krise nicht ausreichend finanzieren können. Professionelle Business-to-Business-Währungen nach dem seit 75 Jahren bewährten Schweizer WIR-System sollten eingeführt werden, indem diese als Zahlungsmittel für einen Teil der Steuern akzeptiert werden.

Zwei Metaphern

Geld als von uns selbst gestalteter Nasenring, an dem es uns führt, wohin auch immer es will.

Die beschwipsten Gäste einer Party haben ein unbewachtes Karussell besetzt und gestartet, das sie – nachdem es volle Fahrt aufgenommen hat – nicht mehr abschalten können, weil auch der Letzte während des langsamen Anlaufens noch aufgesprungen ist.

I. Die Krise von 2008

Ausgelöst durch die amerikanische Hypothekenkrise (Subprime Krise) 2007 ist seit etwa September 2008 das gesamte globale Bankenwesen von einer Krise betroffen. Die weltweiten Verluste durch die Subprime-Krise werden offiziell mit 348 Millionen US-Dollar angegeben, betragen aber tatsächlich mindestens 1,2 Billionen US-Dollar. Dazu kommen Verluste bei Auto-, Studien- und Kreditkarten-Krediten, die ähnlich lax vergeben wurden, wie die Hypothekenkredite.

Zu erwarten ist eine eigendynamisch sich entwickelnde zweite Krisenphase („Zweite Welle“): Um Verluste und Verschuldung zu begrenzen, drosseln die Banken ihre für das Funktionieren der Real-wirtschaft notwendige Kreditvergabe. Das treibt die Wirtschaft in eine Rezession, die wiederum den Banken weitere faule Kredite und Verluste beschert (eine abwärts laufende Spirale positiver Rückkopplung) – mit gravierenden sozialen Folgen wie Massenentlassungen und für die Problemlösungskapazität von Regierungen.

Zu dieser Finanzkrise kommen nämlich die Klimaprobleme, strukturelle Arbeitslosigkeit und Alterung der Gesellschaften hinzu. Damit treffen vier globale Probleme nie gekanntes Ausmaßes zusammen.

Bisherige Diskussionen über Ursachen und Verantwortlichkeiten für die Finanzkrise treffen nicht den tieferen Kern des Problems: ungezügelter Gier, zu komplexe Finanzprodukte, unfähige Banker, laxer Kontrollen, absichtliche Manipulation. George Soros sieht die Ursache in der generellen und damit falschen Annahme, Märkte würden sich im Selbstlauf in Richtung Gleichgewicht korrigieren, die bisher viele politische und wirtschaftliche Entscheidungen bestimmt hat.

II. Warum sollte man die Banken retten?

Die Motivation zur Bankenrettung entsteht aus der Furcht vor der o.g. „Zweiten Welle“, die zu erwarten ist, weil den Banken das Monopol der Geldschöpfung durch Kredite zugestanden ist. Darum hilft man den Banken, ihre Bilanzen zu sanieren, indem Zentralbanken mit ihrer Zinspolitik den Banken ermöglichen, risikolos viel Geld zu verdienen: Sie leihen sich am Markt und von Kunden zu niedrigem Zinssatz kurzfristige Gelder, die sie langfristig und gegen höheren Zinssatz an den Staat weiter verleihen. Die hohen Zinsen zahlt der Staat aus Steuergeldern. Die staatlichen Rettungskosten für krisengeschüttelte Banken lagen in den letzten 25 Jahren zwischen 17% und 60% des jeweiligen Bruttosozialprodukts. 3,6% in Schweden 1992-96 waren die glückliche Ausnahme. Die derzeitigen Garantien europäischer Staaten für Aktiva von Banken betragen bis zum 8-fachen des jeweiligen BIP's.

Es muss erwogen werden, ob nicht das Scheitern von Privatbetrieben als „gestaltende Zerstörungskraft“ des kapitalistischen Systems auch für Banken zugelassen werden sollte.

III. Neuregulierung des Finanzsektors

Seit vor mehreren Jahrhunderten die Geldschöpfung privatisiert wurde, um Kriege zu finanzieren, gibt es ein „Katz-und-Maus-Spiel“ zwischen Banken und Aufsichtsbehörden. Eine Neuregulierung des Finanzsektors ist zwar unbestreitbar notwendig. Vermutlich werden aber wieder Schlupflöcher gefunden oder geschaffen, so dass zwar die Häufigkeit von solchen Krisen sinken kann, sie aber in neuen Varianten wieder-kehren werden. Strengere Regulierung könnte die Bankensanierung verlangsamen und das „Zweite-Welle-Problem“ verschärfen.

IV. Übliche Lösungen: Verstaatlichungen

IV. A Verstaatlichung von „faulen Krediten“

Die Übernahme „fauler Kredite“ durch die Regierungen selbst oder durch eigens dafür geschaffene Institutionen ist die von den Banken bevorzugte Lösung, bei der ihnen diese Anlagen vom Staat abgekauft werden.

Dabei ist die Preisbestimmung ein heikles Problem: Zahlt der Staat einen hohen Preis, belohnt er damit das Fehlverhalten der Banken und fördert deren „Vollkasko-Mentalität“, was auch als „moral hazard“ (Eigennutz auf Kosten der Allgemeinheit) bezeichnet wird. Zahlt er wenig, hilft das auch den Banken nicht viel.

Aufkauf „fauler Kredite“ durch den Staat ist die teuerste Lösung, denn sie nutzt nicht den im Bankensystem möglichen Hebeleffekt. Effektiver sind daher direkte Geldspritzen.

IV. B Verstaatlichung der Banken

Indem Regierungen den Banken vorhandene Aktien oder neu geschaffene Vorzugsaktien abkaufen, stellen sie diesen direkt Kapital zur Verfügung. Diese in Europa bevorzugte Lösung hat aus staatlicher Sicht zwei Vorteile:

Indem die Banken mit dem vom Staat erhaltenen Geld ihren Kunden Kredite gewähren, können sie das tatsächlich vorhandene Kapital mindestens verzehnfachen: Tatsächlich liegt der Leverage-Faktor („Hebel-Faktor“ – das Verhältnis Aktiva zu Kapital) von Banken mit ca. 20 bis zu 83 wesentlich höher. Beim Kauf von Bankanteilen statt „fauler Kredite“ ist die Preisbestimmung weniger heikel: Es gibt einen Markt, der den relativen Wert von Banken bestimmt.

Den Banken dagegen ist diese Lösung unangenehm – sie würden die „Verdünnung“ ihres Eigenkapitals und die Kontrolle ihrer Geschäfte durch Staatsbeteiligungen gerne vermeiden.

IV. C Ungelöste Probleme

Wenn Banken wissen, dass sie im Zweifelsfalle vom Staat gerettet werden, verleitet sie das zum Eingehen höherer Risiken. Zahlt sich das aus, werden die Profite in großzügige Dividenden und Boni für Aktionäre und Manager umgewandelt – also privatisiert. Beim Scheitern werden die Verluste sozialisiert – der Steuerzahler kommt dafür auf. Der Staat kann aber kaum frei entscheiden: Er muss das Funktionieren der Märkte, so gut es geht, aufrecht erhalten.

Die Rettung des Weltfinanzsystems im Interesse der realen Wirtschaft treibt die Staatsverschuldung in unakzeptable Höhen und schränkt die staatliche Handlungsfähigkeit für wichtige Zukunftsprojekte auf zweifache Weise ein: Der monetäre Handlungsspielraum schwindet und es steigt die Erpressbarkeit durch Lobbyinteressen. Dazu kommt: Die Staatsschulden müssen irgendwie von irgendwoher bezahlt werden. Die größten Geldgeber der USA - China, Russland, Golfstaaten – sind für die USA zugleich Rivalen statt Verbündete.

Beide grundsätzlichen Strategien – Neuregulierung des Finanzsektors und Rettung der Banken - lösen nicht das Problem der „zweiten Welle“. Es muss mit einem Jahrzehnt gravierender realwirtschaftlicher Schwierigkeiten gerechnet werden.

IV. C Verstaatlichung der Geldschöpfung

Das Privileg der Geldschöpfung wurde im 17. Jahrhundert an das Bankensystem übertragen, um Kriege zu finanzieren. Der größte Teil des Geldes wird daher heute nicht von Regierungen oder Zentralbanken geschaffen, sondern durch Darlehen privater Banken erzeugt. Wenn die Banken dieses Vorrecht missbrauchen, sollte es ihnen entzogen werden: Geld ist ein öffentliches Gut. Das Recht, ein legales Zahlungsmittel zu schaffen und zu kontrollieren gehört damit eigentlich in die Hand von Regierungen. Staaten würden Geld im realwirtschaftlich erforderlichen Maße in ohne Zinsen in die Welt bringen. Banken wären nur noch Verwalter, nicht mehr Schöpfer des Geldes. Bankenkrisen wie die jetzige wären ausgeschlossen.

Gegen diese Lösung wird gern das nicht ganz unberechtigte Misstrauen ins Feld geführt, der Staat könne seinerseits die Geldschöpfung so exzessiv betreiben, dass eine Inflation die Folge ist. Dem könnte aber durch eine klare Regelung begegnet werden, die Geldschöpfung nur in Höhe des messbaren Produktivitätswachstums der Wirtschaft erlaubt.

Verstaatlichung der Geldschöpfung - obwohl offenbar die klügste Lösung - stößt allerdings auf verbissenen lobbyistischen Widerstand der Finanzwelt, die damit ihr tragendes Geschäftsmodell verlieren würde. Es wären damit *Bankenkrisen* ausgeschlossen - nicht aber jede Art von *Finanzkrisen*, die auf der systemischen Instabilität des jetzigen Systems beruhen.

V. Systemische Stabilität und Funktionstüchtigkeit verstehen

Das moderne wissenschaftliche Verständnis von komplexen Systemen gestattet es heute, tieferliegende systemische Ursachenzusammenhänge zu erkennen und neue Wege zu finden, die das Problem an der Wurzel packen, die für Regierungen gangbar sind und darüber hinaus noch eine Reihe anderer sozialer und wirtschaftlicher Probleme lösen, die auch ohne Finanzkrise bestehen. Banken können von der dadurch erreichbaren wirtschaftlichen Stabilisierung profitieren, weil das auch ihre eigenen Portfolios stabilisiert. Es eröffnen sich vor allem für örtliche und regionale Banken neue Wirkungsfelder.

V. A. Jenseits der Schuldzuweisungen

Die Suche nach Schuldigen für die gegenwärtige Katastrophe ist insofern relativ müßig, weil die Ursache immer wiederkehrender Boom- und Pleitezyklen mit Bankbeteiligung und von Finanzkrisen in verschiedenen Ländern, in unterschiedlichen Entwicklungsstadien und bei verschiedenen Kontrollsystemen ein tieferliegendes strukturelles Problem darstellt.

V. B. Stabilität und nachhaltige Funktionstüchtigkeit in ökonomischen Flusssystemen

Auf der Grundlage von Thermodynamik, Komplexitäts- und Informationstheorie werden heute lebende Organismen, komplexe biologische Ökosysteme, wirtschaftliche Unternehmen und ganze komplexe Ökonomien objektübergreifend als sich selbst organisierende Netzwerke betrachtet - als Materie-, Energie- und Informations-Flusssysteme. Man kann zeigen, dass zwei ihrer wesentlichen *funktionellen Eigenschaften* - ihre *Effizienz* und *Elastizität* - in entgegen gerichteter Weise von den gestaltbaren *strukturellen Variablen* *Vielfalt* und *Vernetzungsgrad* abhängen und dass eine optimale Balance zwischen Effizienz und Elastizität die dauerhafte Existenz - also die *Nachhaltigkeit* - eines Systems sichert.

Vielfalt meint die Existenz genügend vieler verschiedener Typen von Akteuren, die als „Knoten“ in dem Netzwerk fungieren und durch Austausch von Materie, Energie und/oder Information miteinander verbunden sind.

Vernetzungsgrad meint die Anzahl der Austauschverbindungen zwischen den Akteuren (sie werden als „Kanten“ im Netzwerk bezeichnet).

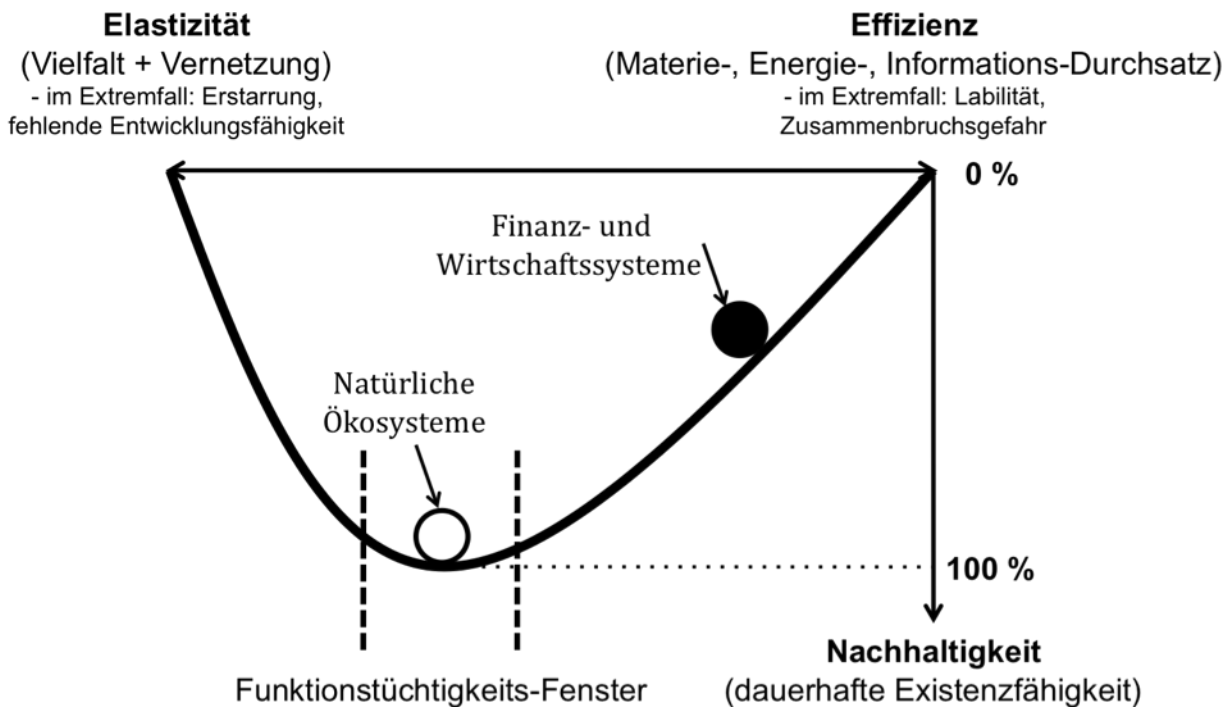
Effizienz misst den Durchsatz an Materie, Energie und/oder Information im gesamten System.

Elastizität (auch: *Belastbarkeit*) beschreibt die Robustheit des Systems gegenüber Störungen. Sie steigt i. A. mit der Vielfalt und dem Vernetzungsgrad der Akteure, weil dies die Ausweichmöglichkeiten des Systems bei auftretenden Störungen erhöht.

Die Zusammenhänge zwischen den genannten strukturellen und funktionellen Parametern mit der Nachhaltigkeit sind in nebenstehender Abbildung veranschaulicht:

Die Struktur (Vielfalt und Vernetzung) überdauernder (also nachhaltiger) natürlicher Ökosysteme wurde durch evolutionäre Selektion bei einem Verhältnis von 2/3 Elastizität zu 1/3 Effizienz optimiert. Die Nachhaltigkeit wurde hier nach unten aufgetragen, um anschaulich zu machen, dass evolutionäre Prozesse von selber zum Nachhaltigkeitsoptimum streben – so wie ein Ball, der Schwerkraft folgend, den tiefsten Punkt in einem Kessel aufsucht.

Heute existierende natürliche Ökosysteme arbeiten in einem ziemlich eng begrenzten „Funktionstüchtigkeits-Fenster“ um dieses Nachhaltigkeitsoptimum herum.



In dem bisher blinden biologisch-kulturellen Koevolutionsprozess unseres Finanz- und Wirtschaftssystems wurde bisher mehr Wert auf Effizienz gelegt als auf Vielfalt und Vernetzung – also Elastizität. Nun droht uns das Extrem eines Systemzusammenbruchs – gleichbedeutend mit der „Wegselektion“ einer nicht nachhaltigen Netzwerkstruktur.

Ein bekannte Beispiel aus der Landwirtschaft sind die hocheffizienten landwirtschaftlichen Monokulturen, die aufgrund des Fehlens von Vielfalt und Vernetzung hoch anfällig sind für Störungen irgendwelcher Art.

Wir sollten unsere Erkenntnisse über die Evolution von Flussnetzwerk-Systemen nutzen, um aus dem bisher blinden Prozess einen in unserem existenziellen Interesse gestaltbaren Prozess zu machen. Das bedeutet:

Wir sollten mehr Wert auf Vielfalt und Vernetzung legen als auf Effizienz. Verzicht auf einen Teil von Effizienz ist der Preis für damit erreichbare Nachhaltigkeit.

V. C Übertragbarkeit auf andere komplexe Systeme

Für die allgemeinen Aussagen der Theorie komplexer Systeme ist es gleichgültig, ob in einem Ökosystem Biomassen, in einem Stromnetz Elektronen, in einer Wirtschaft Gelder oder in einer Gesellschaft Informationen fließen. Auf die Struktur des Netzwerkes kommt es an.

V. D Übertragbarkeit auf finanzielle/monetäre Systeme

Das weltweite Geldsystem stellt eine Fluss-Netzwerkstruktur dar, in der monopolistische nationale Währungen innerhalb der jeweiligen Länder oder Ländergruppen fließen und sich auf globaler Ebene vernetzen. Das Argument für ein Monopol nationaler Währungen war: Es sollte die Effizienz von Preisbildung und Handel auf den nationalen Märkten gesichert werden. Nach einem Vorschlag von Milton Friedmann wurde diese Argumentation auf die globale Ebene übertragen: Man überließ die Preisbildung für den Handel mit nationalen Währungen einem hocheffizienten globalen Markt, was mit einem täglichen Durchsatz von 5,3 Billionen Dollar an Devisen und Währungsderivaten 2007 eindrucksvoll belegt ist, der den Umsatz im realwirtschaftlichen Sektor um ein mehrfaches übersteigt. Die Effizienz dieser Märkte steht damit außer Frage. Die gegenwärtige Krise zeigt aber, dass es um ihre Elastizität bzw. Stabilität – ihre Fähigkeit mit Störungen fertig zu werden – schlecht bestellt ist. Dies ist eine logische Folge der o.g. allgemeinen Zusammenhänge. Das System arbeitet offenbar außerhalb des Funktions-tüchtigkeits-Fensters – und zwar auf der Seite zu hoher Effizienz (s. Abb.). - Ironischerweise helfen die Regierungen in der Krise den großen Banken, die kleineren zu schlucken, um eine höhere Effizienz zu erreichen. Damit wird das Problem verschlimmert.

V. E Die systemische Lösung

Nach herkömmlichem Denken gelten die de-facto Monopole der nationalen Währungen als nicht hinterfragbar. Die systemischen Erkenntnisse legen aber nahe, zugunsten von Stabilität bzw. Elastizität des Systems auf einen Teil seiner Effizienz zu verzichten, indem im nationalen Bereich eine Vielfalt lokaler und regionaler komplementärer Währungen zugelassen wird. Das sollte auch einhergehen mit einer vergrößerten Vielfalt wirtschaftlicher Akteure. Beides zusammen vergrößert den Vernetzungsgrad des Gesamtsystems.

Würde in einer Stadt der einzige und größte Arbeitgeber dicht machen, so wäre das schlechter zu verkraften, als wenn es mehrere mittelständische und viele kleine Arbeitgeber geben würde.

VI. Unser Vorschlag

Unser Vorschlag, die Auswirkungen der Finanzkrise auf die „echte“ Wirtschaft zu reduzieren, enthält drei Komponenten: A Aktionen der Privatwirtschaft, B Entscheidungen der Staatsregierungen, C Entscheidungen der Stadt- und Gemeinderäte.

VI. A Privatwirtschaft

Nach dem Dominoeffekt der Finanzkrise im Bankensystem droht nun in der echten Wirtschaft ein noch weit schwerer zu stoppender Domino-effekt von Insolvenzen, Arbeitslosigkeit und weiteren sozialen Problemen. Man kann kaum hoffen, dass die Regierungen auch nur die wichtigsten Unternehmen werden retten können - nach den kostspieligen staatlichen Rettungsaktionen allein für die Banken.

Unser Vorschlag an die privatwirtschaftlichen Akteure lautet: Wenn es Schwierigkeiten gibt, von den Banken die für das laufende Geschäft notwendigen Kredite günstig zu bekommen, dann erschaffen Sie sich nach dem bewährten Vorbild des Schweizer WIR-Systems selbst komplementäres Business-to-Business (B2B)-System.

Wegen gekündigter Kreditlinien drohte vielen Unternehmen der Bankrott. Die 16 Gründer des WIR-Systems vereinbarten 1934 in Zürich, statt auf die Banken zu setzen, sich für den Austausch mit ihren Zulieferern und Kunden zu bemerkenswert niedrigen Zinsen (1%...1,5%) in einer eigenen Währung, die ansonsten der offiziellen Währung entsprach, gegenseitig Kredite einzuräumen. Eine Genossenschaft verwaltet dafür die Konten. Das System wuchs und arbeitet erfolgreich bis heute. Das Volumen liegt bei 2 Milliarden Dollar pro Jahr. Anhand von 60 Jahren gesammelter hochwertiger Daten wurde das System von James Stodder wissenschaftlich untersucht mit folgendem Resultat:

Das System trägt wesentlich zur legendären wirtschaftlichen Stabilität der Schweiz bei. Wann immer Rezession herrschte, stieg die Zahl der Aktivitäten in dieser inoffiziellen Währung an und reduzierte dadurch die Auswirkungen auf Absatz und Arbeitsmarkt. Wenn die Wirtschaft boomte, gab es mehr Geschäfte in der nationalen, weniger in der inoffiziellen Währung. Das spontane antizyklische Verhalten des WIR-Systems half der Zentralbank, die Wirtschaft zu stabilisieren.

Wegen der modernen Informationstechnologien lässt sich ein solches System heute schneller und kostengünstiger installieren als noch vor 70 Jahren. Schnelle Reaktion ist notwendig, um die sozialen und ökonomischen Verwüstungen zu vermeiden, die mit der Auflösung komplexer Zulieferketten bevorstehen. Für schnelle Akzeptanz einer solchen stabilisierenden Komplementärwährung ist entscheidend, dass zumindest ein Teil der Steuern in dieser Währung bezahlt werden kann. Dafür ist Lobbyarbeit notwendig. Regierungen sollten dafür aufgeschlossen sein: Haben sie doch gerade mit wenig erkennbarem Effekt Billionen an Steuergeldern für die Bankenrettung ausgegeben, um zu verhindern, dass das Übel auf die Realwirtschaft übergreift. Die hier vorgeschlagene Strategie kostet die Regierungen nichts, erhöht sogar die Steuereinnahmen und verhindert das befürchtete Übergreifen auf die Realwirtschaft.

VI. B Staatregierungen

Da der Staat die Banken zwar finanziell retten, aber kaum zur Kreditvergabe an die Realwirtschaft zwingen kann, sind schnell einzu-führende Komplementärwährungen parallel zum normalen Geld eine geeignete Möglichkeit, dem Zusammenbruch der Realwirtschaft entgegen zu wirken – insbesondere, wenn durch Akzeptanz dieser Währungen für einen Teil der Steuerzahlungen für deren Nutzung ein starker Anreiz gesetzt wird. Das könnte sogar zeitlich begrenzt erfolgen, bis die Banken ihre normale Funktion für die Realwirtschaft wieder aufgenommen haben. Die Rolle der Regierung wäre dabei, Qualitäts- und Verlässlichkeitskriterien für Komplementärwährungen zu sichern – in eigenem Interesse, denn eine Komplementärwährung begünstigt Geschäfte, die bei restriktiver Kreditvergabe mit normalem Geld nicht stattfinden würden. Dadurch erhöht sich das zu besteuernde Einkommen der beteiligten Firmen.

Welcher Anteil der Steuern in einer Komplementärwährung zu zahlen ist kann auf zwei Weisen festgelegt werden: nach dem Anteil des staat-lichen Etats, der für Käufe bei Unternehmen vorgesehen ist, die die Komplementärwährung benutzen, oder proportional zum Umfang der Geschäfte, die ein Unternehmen in der Komplementärwährung abwik-kelt.

VI. C Stadt- und Gemeinderäte

Ein wichtiges Element in der vorgeschlagenen Strategie ist die Erlaubnis der Staatsregierung dafür, dass Städte und Gemeinden eine eigene Komplementärwährung unterstützen und Gemeindesteuern in dieser Währung erheben können – und zwar aus drei Gründen:

Städte und Gemeinden werden als erste Regierungsebene am tiefsten von den Krisenauswirkungen betroffen sein. Vielfalt beim Experimen-tieren mit Komplementärwährungen verbreitert die Basis an praktischen Erfahrungen damit. Neues wird besser erst im kleinen Umfeld als am Ganzen erprobt.

Neben der vorgeschlagenen B2B-Währung gibt es heute schon einen ganzen Werkzeugkasten verschieden konstruierter Komplementärwäh-rungen, die unterschiedliche Verhaltensanreize setzen für Unternehmen wie für Einzelpersonen – so z.B. eine CO₂-reduzierende Währung. Die meisten davon sind schon irgendwo auf der Welt getestet worden.

VI. D Einige praktische Überlegungen

Die vorgeschlagene Strategie lässt sich heute dank Internet und bereits vorhandener Softwarepakete, die in verschiedenen Sprachen laufen und simultan mit nationalen und komplementären Währungen umgehen können, leicht umsetzen. Es würde sich empfehlen, dabei Open-Source-Software zu verwenden, die genügend Flexibilität bietet, neue Funktio-nen oder Währungen

auf der gleichen Smart Card hinzuzufügen, ohne warten zu müssen, dass die Softwareentwickler ihren Rückstand aufarbeiten.

VI. E Antworten auf einige Einwände

Das Bankensystem wird am Status Quo festhalten wollen, sich in der Wahrnehmung seiner üblichen Funktion behindert sehen und von „Disintermediation“ sprechen. Der Einwand wäre aber nur dann zutreffend, wenn die Banken von sich aus entscheiden, sich nicht an Konten und Transaktionen mit Komplementärwährungen zu beteiligen. Aber selbst dann würden sie noch von der antizyklischen Stabilisierungswirkung komplementärer Währungen profitieren. Interessanterweise beteiligen sich vor allem lokale und regionale Geldinstitute an existierenden Komplementärwährungen, weil sie mit den Großen nur konkurrieren können, wenn sie lokale Dienstleistungen anbieten, die erstere nicht bieten.

Ein zweiter vorhersehbarer Einwand kommt aus dem traditionellen wirtschaftlichen Denken: Verschiedene Währungen innerhalb eines Wirtschaftsraumes reduzieren die Effizienz von Preisbildung und Handel zwischen den Akteuren. Das stimmt zwar. Systemdenken hat uns aber inzwischen gelehrt: Überbetonung von Effizienz macht ein System zum Schaden aller Teilnehmer störanfällig. Großer Schaden kann durch geringen Effizienzverzicht vermieden werden.

VI. F Einige Vorteile des vorgeschlagenen Ansatzes

Der Vorschlag bietet eine systemische Lösung für die Instabilität des Finanzsystems, durch die Wiederholungen solcher Krisen ausgeschlossen werden. Gegenwärtig verfolgte Ansätze schließen Wiederholungen nicht aus.

Eine mehrfach gestaffelte Strategie mit mehreren Interessengruppen hat eine ganze Reihe von Vorteilen für die verschiedenen beteiligten Gruppen, besonders während der Übergangsphase, in die wir nun eingetreten sind.

- Die Erdrosslung der Realwirtschaft durch verringerte Kreditvergabe der Banken wird verhindert oder mindestens gemindert.

- Die Entscheidungen, Steuerzahlungen in Komplementärwährungen zu akzeptieren, bleiben völlig innerhalb der eigenen politischen Entscheidungsmacht von Regierungen und können sehr flexibel getroffen werden: nur für bestimmte Steuern, nur zu einem bestimmten Prozentsatz, nur für bestimmte Steuerjahre und nur für bestimmte Komplementärwährungen, die sie entweder als robust anerkannt haben oder die andere positive Wirkungen generieren.

- Grundsätzlich ist *jede* Währung ein Belohnungssystem, und unser derzeitiger


























Weg, mit Steuern und Subventionen umzugehen, beschränkt sich auf das einzige Instrument einer nationalen Währung, dessen Verfügbarkeit unter seiner Nützlichkeit liegen muss, wenn es seinen Wert behalten soll. Mit Komplementärwährungen würde ein ganz neues Feld von Möglichkeiten eröffnet, fein abgestimmte Anreize zu setzen - passend für die massiven Herausforderungen, denen sich die Welt gegenüber sieht – unabhängig davon, ob gerade eine Krise zu bewältigen ist oder nicht.

- Vielleicht am wichtigsten: Diese Strategie bewahrt uns davor, den schrecklichsten Teil des 1930-er Szenarios zu wiederholen, als nichts gegen die Erdrosselung der Wirtschaft durch die zweite Welle getan wurde – mit einer verheerenden Kette von Folgen: massiven Firmen-pleiten, unerträglich hoher Arbeitslosigkeit, Sehnsucht nach einer starken ordnenden Hand und Aufstieg der Nazis als direkte Folge von „massenhafter Verzweiflung und Arbeitslosigkeit“..., wie es Hitlers Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht zutreffend beschrieben hat.

VII. Schlussfolgerung: Hypothetische Aufstellung der Wahlmöglichkeiten

Die folgende Tabelle fasst die zuvor beschriebenen Auswirkungen aller fünf Lösungsansätze für jegliche große Bankenkrise zusammen. Die Auswirkungen sind je nach Akteur verschieden. Es werden folgende berücksichtigt: Der Einfluss auf Banker, Steuerzahler, Staats- und kommunale Regierungen sowie auf den Zweite-Welle-Effekt und die systemische Ursache.

Handlungsoptionen bei systemischen Bankenkrisen und deren Bewertung aus unterschiedlichen Perspektiven

Ansatz	Banker	Steuerzahler/ Zentralregie- rungen	Lokale Regierungen	Zweite Welle	Systemische Ursache
Nichts tun 1929-1931	 Katastrophe	 Katastrophe	 Katastrophe	 Katastrophe	 unberührt
konventionell: faule Kredite verstaatlichen	 bevorzugt	 am teuersten (keine Hebel)	 unberührt	 verzögert	 unberührt
Banken verstaatlichen	 Verdünnung des Eigenkap.	 10-facher Hebel	 unberührt	 verzögert	 unberührt
unkonventionell: Geldschöpfung verstaatlichen	 Ende des bis- herigen Ge- schäftsmodells	 langfristige Lösung (aber: Inflation?)	 unberührt	 Regierungen wenden Geld auf für Existenz	 unberührt
komplementäre Währungen	 Ende des Geld- schöpf.monopols	 langfristige Lösung	 lang- und kurz- fristige Lösung	 lang- u. kurz- fristige Lösg.	 systemische Lösung



WZFG e.V.
Berlin-Buch

Forschung für zukunftstaugliches Verhalten
Förderung regenerativer Energien
zukunftsorientierte Kulturarbeit
Öffentlichkeitsarbeit

WERKSTATT FÜR ZUKUNFTS-FORSCHUNG UND -GESTALTUNG (WZFG e.V.) auf dem Biomedizinischen Forschungscampus Berlin-Buch
Robert-Rössle-S. 10, 13125 Berlin-Buch

www.zukunfts-werkstatt.org / kontakt@zukunfts-werkstatt.org

Postanschrift: Dr. Pürschel, Hanns-Eisler-Str. 54, 10409 Berlin, T=030/4241718, F=42085416 p.

